



23. Februar 2018

## Nachhaltiges Palmöl: Etikettenschwindel mit RSPO-Label

*In dem heute veröffentlichten Faktenblatt zum RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil) kritisiert die Schweizer Palmöl-Koalition das RSPO-Label scharf. Aus ihrer Sicht handelt es sich beim RSPO um einen Etikettenschwindel. Auch nach 15-jährigem Bestehen steht der RSPO weder für eine ökologische noch für soziale Nachhaltigkeit.*

(BASEL/BERN/LAUSANNE/LUGANO/ZÜRICH) Die jüngst bei der Schweizer OECD-Beschwerdestelle gegen den RSPO eingegangene Klage zweier indonesischer Gemeinden ist nur die Spitze des Eisbergs. Dies legt das von der Schweizer Palmöl-Koalition<sup>1</sup> heute veröffentlichte **Faktendossier** offen.

So zeigt das Dossier, dass die RSPO-Richtlinien schwach sind und die Zerstörung von Torfmooren, Sekundärwäldern oder den Einsatz von hochgiftigen Pestiziden zulassen. Zudem werden die Richtlinien nur ungenügend umgesetzt und verfehlen ihre Wirkung, da Kontrollsysteme und Sanktionsmechanismen nicht greifen.

Die Zusammenstellung der Fakten zum RSPO entkräftet den Mythos, dass es sich bei RSPO-zertifiziertem Palmöl um nachhaltig produziertes Palmöl handelt. Dies ist nicht nur für Konsumentinnen und Konsumenten von Bedeutung, die durch das Nachhaltigkeitslabel getäuscht werden, sondern auch für Privatwirtschaft, Politik und Verwaltung. So argumentierte das Seco jüngst, dass Palmöl nicht vom geplanten Freihandelsabkommen mit Indonesien ausgeschlossen werden soll, da es sich um zertifiziertes und deshalb nachhaltiges Palmöl handle.

Die Palmöl-Koalition fordert mit Nachdruck den **Ausschluss von Palmöl aus dem Freihandelsabkommen** mit Indonesien. Dies gilt auch für RSPO-zertifiziertes Palmöl. Sollte das Seco andere Zertifizierungssysteme in Erwägung ziehen, erwartet die Koalition von den Verantwortlichen sicherzustellen, dass damit auch tatsächlich ein nachhaltiger Anbau gefördert wird.

Bereits bei den mittlerweile sistierten Freihandelsgesprächen mit Malaysia war Palmöl das kontroverseste Thema. Heute wird voraussichtlich erneut ein Kantonsparlament über eine Resolution entscheiden, die den Palmölausschluss aus dem Abkommen verlangt. Neben den Kantonen Waadt, Jura, Thurgau und Bern wäre Genf damit der fünfte Kanton, der den Ausschluss von Palmöl aus dem Freihandelsabkommen fordert.

<sup>1</sup> Der Palmöl-Koalition gehören folgende Organisationen an: Alliance Sud, Biovision, Brot für alle, Bruno Manser Fonds, Fédération romande des consommateurs, PanEco, Pro Natura, Public Eye, Schweizer Bauernverband, Schweizerischer Getreideproduzentenverband, Uniterre.

Auch in der EU wächst der Widerstand gegen den wachsenden Palmölkonsum. So hat sich das Europäische Parlament im Januar dafür ausgesprochen, den Zusatz von Palmöl zu Biokraftstoffen ab 2021 zu verbieten.

Für Medienauskünfte: Johanna Michel, Bruno Manser Fonds, 079 868 45 15

Mehr Informationen:

- Genfer Resolution: Tribune de Genève, Le Grand Conseil veut faire barrage à l'huile de palme, 14.2.2018, in: <https://www.tdg.ch/geneve/actu-genevoise/grand-conseil-veut-barrage-huile-palme/story/20916196>

- Position des SECO: Le Courrier, L'huile de palme grippe les négociations, 15.2.2018, in: <https://lecourrier.ch/2018/02/15/lhuile-de-palme-grippe-les-negociations/>

- Beschluss des Europäischen Parlaments: Europäische Zeitung, Ehrgeizige Ziele für eine sauberere und effizientere Energienutzung, 19.1.2018, in: <https://www.euzeitung.de/2018/01/19/ehrgeizige-ziele-fur-eine-sauberere-und-effizientere-energienutzung/>